

UNSERE FINANZPOLITISCHEN LEITLINIEN

Mit den Finanzpolitischen Leitlinien stellt der Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion sein aktuelles finanzpolitisches Konzept für Deutschland vor. Die Leitlinien werden regelmäßig überarbeitet und an die rechtlichen, realen Rahmenbedingungen sowie die aktuelle Programmatik angepasst.



JAN WENZEL SCHMIDT MdB

- Mitglied des Arbeitskreises
- Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages

Keine ideologischen Steuern und Abgaben

Die Kraftstoffpreise erhöhen sich immer weiter – ein Ende ist nicht in Sicht. Jährlich steigen die Abgaben und Steuern, während unser Steuersystem an Übergriffigkeit kaum noch zu überbieten ist. Wir zahlen mittlerweile Steuern auf Steuern. Denn nichts anderes geschieht mit der CO₂-Abgabe. Sie steigt von Jahr zu Jahr um rund ein Drittel und verteuert die Kraftstoffe. Auf die CO₂-Abgabe wird zusätzlich die Mehrwertsteuer berechnet. Durch höhere Kraftstoffpreise erhöhen sich die Kosten innerhalb der Lieferketten immens. Das schlägt sich an der Zapfsäule und an der Supermarktkasse nieder. Die Kosten für das allgemeine Leben in allen Bereichen steigen.

Wir fordern ein Ende dieser Mehrfachbelastung. Die Steuerzahler wollen mehr Geld im Portemonnaie, damit ein lebenswertes Leben in selbst erarbeitetem Wohlstand wieder möglich ist. Als AfD-Bundestagsfraktion stehen wir gegen ideologisch motivierte Abgaben und Steuern.

Unsere unter anderen zu diesen Themen im Bundestag gestellten Anträge:

1. Zinsen beim Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau deckeln – Kostenfalle stoppen; Bundestagsdrucksache 20/9507
2. Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern; Bundestagsdrucksache 20/9144



JÖRN KÖNIG MdB

- Mitglied des Arbeitskreises
- Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages
- Stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

Steuern und Abgaben senken

Wir setzen uns nachdrücklich für die Senkung der Steuer- und Abgabenlast ein, die inzwischen deutlich zu hoch ist. Gerade für Familien ist die finanzielle Belastung kaum noch tragbar. Wir haben einen detaillierten Antrag zur Neugestaltung des Steuerrechts erarbeitet, der die Einführung eines Familiensplittings mit Einbeziehung der Kinder als Erweiterung des Ehegattensplittings vorsieht. Als Konsequenz soll die Familie mit Kindern deutlich mehr Netto vom Brutto haben als heute und auch mehr als Berufstätige ohne Kinder. Bisher hat der Staat viel zu wenig dafür getan, dass die Geburtenraten mittels einer familienfreundlichen Politik für die Mittelschicht wieder steigen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist unsere kritische Position zur Einführung des Digitalen Euro, die zu einer Einschränkung von Freiheiten der Bürger sowie zu staatlicher Überwachung führen kann.

Unsere unter anderen zu diesen Themen im Bundestag gestellten Anträge:

1. Familien entlasten – Das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting erweitern; Bundestagsdrucksache 20/4672
2. Ungerechtfertigte Steuervorteile für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten abschaffen; Bundestagsdrucksache 20/4667
3. Bargeld ist gedruckte Freiheit – Vorhaben der Europäischen Zentralbank für digitales Zentralbankgeld in der jetzigen Form stoppen; Bundestagsdrucksache 20/2359



**Alternative
für
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



FOLGEN SIE UNS

- AfDBundestag.de
- fb.com/AfDimBundestag
- @AfDimBundestag
- youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- instagram.com/afdimbundestag/
- tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
- Rundbrief-Abonnement: <https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:

AFD - Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Mai 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

Wer wir sind und wofür wir stehen

Arbeitskreis Finanzen
der AfD-Bundestagsfraktion



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



KAY GOTTSCHALK MdB

- Leiter des Arbeitskreises
- Obmann im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages
- Finanzpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

Gerechtes Steuersystem und funktionierendes Geld- und Finanzsystem sicherstellen

Der Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion befasst sich insbesondere mit der Einnahmenseite des Staates, also mit Steuern und Abgaben. Darüber hinaus ist er unter anderem auch für die einschneidenden Themen Finanzmarktkontrolle und -regulierung, Geldwäschebekämpfung und Zoll, Digitalisierung des Finanzwesens und Zukunft des Geldes sowie die europäische Finanz-, Geld- und Währungspolitik zuständig.

Wir sehen uns als Hüter der Interessen der Steuerzahler. Deutschland ist trotz der Vernachlässigung der Kernaufgaben des Staates das Land mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast weltweit. Der deutsche Staat hat demnach kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Aber nicht nur die Ausgaben, auch die Einnahmen des Staates gehören auf den Prüfstand. Bürger und Unternehmen, insbesondere die Mittelschicht, müssen deutlich entlastet werden und das Steuersystem muss für jeden Steuerzahler überschaubar und nachvollziehbar sein. Die AfD-Bundestagsfraktion spricht sich für eine grundgesetzlich verankerte Steuer- und Abgabenbremse ein. Außerdem stehen wir aus gutem Grund für die Einhaltung der Schuldenbremse ein, da sie notwendig ist, um die Geldwertstabilität, die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger und Unternehmen sowie die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates zu bewahren. Erste Schritte hin zu der längst überfälligen Reform des Steuersystems mit weniger Steuerarten und spürbaren Entlastungen sehen wir in folgenden Maßnahmen:

- Abschaffung des Solidaritätszuschlags, der Grundsteuer, der Bagatellsteuern und der Vermögensteuer;
- Abschaffung oder Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer;
- Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten gefahrenen Kilometer auf 50 Cent;
- Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie;
- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 14.000 Euro;
- Beseitigung heimlicher Steuererhöhungen, zum Beispiel verursacht durch die kalte Progression (Tarif auf Rädern, siehe hier: www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-891694).

Darüber hinaus drängen wir auf die Einhaltung des Neutralitätsgebots öffentlicher Finanzinstitute, damit AfD-Spender keine »Drohbriefe oder -anrufe« von Sparkassenmitarbeitern erhalten und Parteien, wie die AfD, keine Probleme bei der Kontoführung oder -eröffnung bekommen.

Unsere unter anderen zu diesen Themen im Bundestag gestellten Anträge:

1. Berufstätige Pendler sofort entlasten – Entfernungspauschalen für Kraftfahrzeuge ab dem ersten Kilometer auf 50 Cent erhöhen und an die Preisentwicklung anpassen; Bundestagsdrucksache 20/9318
2. Die erheblichen Steuermehreinnahmen Deutschlands richtig einsetzen – Die Bürger nicht für ausländische Staaten mit einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe belasten; Bundestagsdrucksache 20/5611
3. Den Solidaritätszuschlag zügig vollständig abschaffen; Bundestagsdrucksache 20/2536
4. Inflationsgetriebene kalte Progression verlässlich stoppen; Bundestagsdrucksache 20/698



KLAUS STÖBER MdB

- Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises
- Mitglied und Stellvertretender Obmann im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages

Steuerreformen für mehr Lebensqualität und Wohlstand

Das deutsche Steuerrecht ist zu einer willkürlichen Klientelpolitik geworden und die Bundesregierung bedient sich schamlos am Wohlstand der Bürger.

2023 gehörte Deutschland zur Spitzengruppe mit den weltweit höchsten Unternehmenssteuersätzen. 2022 hatte die Bundesrepublik im Vergleich der 46 OECD-Staaten die höchste »Investitionsflucht«, die jemals verzeichnet wurde. Eine wirtschaftsfreundliche Unternehmensteuerreform sollte eine rechtsformneutrale Besteuerung sowie einen nach Unternehmensgröße gestaffelten Steuertarif zur Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmen zum Inhalt haben.

Deutschland weist (nach Belgien) mit 47,8 Prozent die höchste Steuer- und Abgabenbelastung aller Industriestaaten auf. Die Wiederherstellung einer angemessenen Lebensqualität erfordert eine Vereinfachung des Steuerrechts, eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags, die Abmilderung der Progression, einen Freibetrag für Rentner zur steuerlichen Entlastung der Altersbezüge und eine grundgesetzlich festgeschriebene Höchstgrenze für die Steuer- und Abgabenlast, um dem Staat den vollständigen Zugriff auf die Einkommen der Bürger zu verwehren.

Unsere unter anderen zu diesen Themen im Bundestag gestellten Anträge:

1. Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung von Sportvereinen zur Förderung

der Investitionspotenziale von Sportvereinen und Sportstätten und zur Kompensation wirtschaftlicher Schäden und finanzieller Notlagen (SportVereinsEntLG); Bundestagsdrucksache 20/8412

2. Zinsanpassung zur Wiederherstellung einer Steuergerechtigkeit; Bundestagsdrucksache 20/1027



ALBRECHT GLASER MdB

- Mitglied des Arbeitskreises
- Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages (seit 2017)

Inflation durch stabilitätsorientierte Finanzpolitik verhindern

Deutschland verzeichnete kürzlich die höchste Inflation seit 50 Jahren. Wesentliche Ursache ist die extreme Staatsverschuldung der Euro-Staaten. Obwohl die Staatsverschuldung durch die Maastricht-Kriterien verbindlich begrenzt wird, wurden bisher über 200 Verstöße gegen diese registriert, aber kein einziger sanktioniert – entgegen allen vertraglichen Regelungen in den europäischen Verträgen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die hohe Verschuldung der Euro-Staaten durch EU-vertragswidrige Aufkäufe von Staatsanleihen ihrer Mitgliedstaaten im Volumen von über 5.000 Mrd. Euro erst ermöglicht. Auch in Deutschland haben sich 2.417 Mrd. Euro Gesamtschulden angehäuft (2. Quartal 2023). Ein weiterer Schuldenanstieg ist absehbar.

Zusätzlich dazu hat die EU mit dem sogenannten Wiederaufbauprogramm »NextGenerationEU« (NGEU) nominal weitere 750 Mrd. Euro bzw. real

die imposante Summe von 850 Mrd. Euro Schulden aufgenommen, die größtenteils als verlorene Zuschüsse an die Mitgliedstaaten verteilt werden. Zu dieser verbotenen Schuldenaufnahme hat sich die EU selbst ermächtigt und damit als »Hüterin der Verträge« nach eigenem Willen gegen diese in grober Weise verstoßen. Diese Schulden werden über zukünftig erhöhte EU-Umlagen finanziert. Dabei hat Deutschland rund 25 Prozent der Lasten zu tragen, obwohl es nur geringfügig von der Mittelverteilung profitiert. Zudem besteht das Risiko, dass einzelne Staaten ihre Tilgungsbeiträge nicht erbringen. In diesem Fall kann Deutschland als Ausfallbürge herangezogen werden.

Die Zuständigkeit der EZB muss neu definiert werden, sodass keine zweifelhafte oder gar verbotene Staatsfinanzierung aus der Notenpresse mehr möglich ist. Darüber hinaus muss der Wachstums- und Stabilitätspakt (WSP) verschärft werden. Nur so kann die Höhe der Staatsschulden begrenzt und die Vergemeinschaftung der Schulden beendet werden. Wir müssen zu einer stabilitätsorientierten Geld- und Währungspolitik zurück, wie sie einst die Deutsche Bundesbank mit einer starken D-Mark vertrat, auch wenn dies einen Austritt aus dem Euro-Verbund bedeuten könnte.

Unsere unter anderen zu diesen Themen im Bundestag gestellten Anträge:

1. Arbeit muss sich wieder lohnen – Den steuerlichen Grundfreibetrag in § 32a Absatz 1 Nr. 1 Einkommensteuergesetz vom sozialhilferechtlichen Existenzminimum entkoppeln; Bundestagsdrucksache 20/6729
2. Inflationsbedingte Bereicherung des Staates an Erbschaften und Schenkungen verhindern; Bundestagsdrucksache 20/5815

